

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Aust. Oschhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telefonanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 16. September 1930

Glück und Ende des Wafd.

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Kairo, im September (Eig. Bericht)

Die ägyptischen Nationalisten befinden sich in einer keineswegs günstigen Lage. Sie haben seit Wochen eine Niederlage nach der andern erlitten. Der Versuch, eine Wiedereröffnung des Parlaments auf der Strasse zu erzwingen, ist von der Regierung, die Heer und Polizei in der Hand behalten hat, pariert worden. Die mit grossem Pathos proklamierte Boykottbewegung hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Mit der kleinen Anzahl von Steuerverweigerern ist kurzer Prozess gemacht worden. Auch die grosse und letzte Hoffnung von Nahas Pascha, dass es gelingen würde, die englische Regierung zur Intervention gegen die Diktatur zu veranlassen, schrumpft mehr und mehr zusammen. Als Vertreter der nationalen Interessen Ägyptens dürfen die Wafdisten keinen Vertrag mit England eingehen, der die ägyptischen Ansprüche auf den Sudan aufgibt. Durch seine Erfahrungen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Nahas Pascha gewitzigt fordert das englische Auswärtige Amt bindende Erklärungen, während die Wafdisten aus Selbsterhaltungstrieb ihre früheren Manöver wiederholen und versuchen durch unverbindliche Erklärungen die Angelegenheit in der Schwebe zu lassen. Auf die Dauer wird sich die Labourregierung nicht am Narrenseil führen lassen und die Gefahr liegt nahe, dass die jetzige Regierung durch eine klare Zusage, den seinerzeit von Mohammed Mahmud angebotenen Vertrag zu akzeptieren, auch in diesem Fall ihren Konkurrenten den Rang ablaufen wird.

Dieser klägliche Zusammenbruch des Wafd nach einem kurzen Glückstraum ist nicht überraschend gekommen. Er ist die logische Folge einer ununterbrochenen Reihe von psychologischen und taktischen Fehlern des Wafd, die bereits am Tage begannen haben, als er sich als Nachfolger des Diktators Mohammed Mahmud sah. Bei der Verteilung der Mandate für Kammer und Senat ist ein Handel ohne gleichen getrieben worden und die Kandidaturen wurden ungescheit an den Meistbietenden versteigert. Unter diesen Umständen musste die Qualität der neuen Volksvertretung auf einem sehr niedrigen Niveau stehen. Es war auch ganz natürlich, dass die neuen durch dieses Verfahren stark geschöpften Machthaber sich nach Möglichkeit schadlos zu halten suchten und unter Politik nichts anderes als die Erleichterung des Staatssäckels verstanden. Die einzige positive Tat der Wafdisten war ein Run auf den aus den bessern Zeiten Ägyptens stammenden Reservefonds der Staatskasse in Höhe von 40 Millionen Pfund, aus dem sofort den Grossgrundbesitzern und Baumwollspekulanten ein Präsent in Gestalt einer Nothilfe von 8 Millionen Pfund gemacht wurde, während die Fellachen fast leer ausgingen. Selbst in Ägypten bildet die Parole "Bereichert Euch" kein Zugmittel für die Massen. Die aus der städtischen Intelligenz und den Feudalherrn bestehende Leibgarde des Wafd, dem das Wort Demokratie nur als Aushängeschild für die Gewinnung von Sympathien in Europa dient, musste dem Ansturm der vom König und von Sidky Pascha geführten Staatsmacht mit dem Finanzkapital im Hintergrunde erliegen, nachdem die erste Erregung über den Gewaltakt der Parlamentsauflösung verbraucht war. Eine Demokratie ohne soziale Inhalte kann selbst die noch

im politischen Urzustande befindlichen Massen nicht für die Dauer an ihre Fahne fesseln.

Leider verfügt die sogenannte bürgerliche Demokratie Ägyptens weder über die Männer noch über die Organisation, um aus den Fehlern des Wafd die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Sie wird ihren bisherigen Schlendrian weitergehen und wird bis auf weiteres die Rolle eines unfreiwilligen Steigbügelhalters der Reaktion spielen, anstatt der Idee der Volksherrschaft in dem Neuland des Orients noch unbegangene Wege zu bereiten. Nahas Pascha und seine Freunde haben den grossen Augenblick verpasst, der sich ihnen durch die Existenz einer sozialistisch-demokratischen Regierung in England geboten hat. Sie haben den Kampf auf der Strasse versucht, ohne den Mut des Todes auf den Barrikaden zu besitzen, und sich damit begnügt, den Fellachen als Stimmvieh und bei zwecklosen Demonstrationen als Stosstrupp gegen die Maschinengewehre der Regierungstruppen einzusetzen. Eine kühne Tat in diesem Sinne wäre von der wirklichen Demokratie Europas verstanden worden, während eine englische Arbeiterregierung politischen Geschäftemachern gegenüber, deren Absichten noch nicht einmal sehr geschickt verschleiert sind, mit Recht misstrauisch sein muss.

Bei der Primitivität der politischen Zustände Ägyptens, die wie überall im Orient, diese Binsenwahrheit kann nicht oft genug wiederholt werden, vorläufig nichts weiter als mit europäischen Schlagworten etikettierte Atrappen darstellen, braucht der Wafd als Faktor in der ägyptischen Politik trotzdem noch nicht zum alten Eisen geworfen zu werden. Schon in kurzer Zeit kann der Moment eintreten, dass König Fuad den Mut vor seiner eigenen Kurage verliert und über die stets zu einer Vermittlung zwischen Krone und Parlament geneigten Politiker wie Adly Yegen oder Barakat Pascha seinen Frieden mit dem Wafd in Gesamtheit oder mit der zu Nahas Pascha in Opposition stehenden Gruppe macht und sich zur Wiedereinführung des parlamentarischen Regimes in irgendeiner Form bequemt.

Dieses neckische zwischen Diktatur und Parlamentarismus pendelnde Spiel kann sich daher noch sehr lange in der ägyptischen Politik fortsetzen und es wird wahrscheinlich erst dann ein Ende nehmen, wenn eine von demokratisch-sozialistischem Geiste beeinflusste Bauernbewegung handelnd in die Geschicke des Landes eingzugreifen vermag.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning trat am Dienstag das Reichskabinett in einen Meinungsaustausch über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein. Es bestand die einmütige Auffassung, dass die Reichsregierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck soweit zu fördern hat dass dem neuen Reichstag bestimmte Vorlage zugeleitet werden können."

+ + +

Aus dem Communiqué geht hervor, dass die Regierung in der alten Zusammensetzung vor den neuen Reichstag treten will. Mit welchem Programm, ob mit den alten oder mit neuen Plänen, geht aus dem Communiqué nicht hervor.

SPD. Köln, 16. September (Eig. Drahtb.)

Gegen den nationalsozialistischen Sturmführer Kurt Konrad, der vor einigen Tagen den kommunistischen Arbeiter Anton Klassen erschossen hat, ist von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Mordes, verbotenen Waffenbesitzes und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz erhoben worden. Bei der Durchsuchtung der Wohnung Konrads hat die Polizei grössere Mengen Sprengstoff gefunden.

SPD. Stockholm, 16. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Vormittag traf das Walfischtankschiff "Isbjoern" mit den auf der "Weissen Insel" gemachten Funden im Tromsøer Hafen ein.

Das schwedische Kanonenboot "Svensksund" und das norwegische Inspektionschiff "Michael Sars" waren der "Isbjoern" bei Tagesanbruch entgegengefahren und eskortierten das Schiff nach Flaggensalut durch den Tromsøer Sund. Schwedische und norwegische Regierungsteilnehmer sowie ein grosser Teil der Tromsøer Bevölkerung waren bei der Ausschiffung der Funde anwesend. Durch die Reihe der spalierbildenden Tromsøer Fischer hindurch wurde der Leichnam Fraenkels in langsamer Prozession in das Hospital gebracht, wo die Ärztekommision sofort zu der Untersuchung und Identifizierung schritt. Auch die übrigen Funde, ein Schlitten mit zahlreichen Gegenständen, Kleiderreste, Instrumente, fotografisches Material sowie Privatkorrespondenzen Strindbergs und Fraenkels wurden zur näheren Untersuchung und Registrierung durch die Regierungskommission ins Hospital geschafft. Die Arbeiten der Untersuchungskommission sollen so beschleunigt werden, dass die Leichen aller drei Expeditionsteilnehmer schon in den nächsten Tagen an Bord der "Svensksund" nach Stockholm überführt werden können, wo eine offizielle Ehrung durch die schwedische Regierung und Bevölkerung stattfinden wird.

SPD. Frankfurt/M., 16. Sept. (Eig. Dr.)

Nicht nur die Börse hat auf den Sieg der Führer des "Dritten Reiches" sauer reagiert. Auch die Sparer scheinen zu ihnen kein Vertrauen zu haben, denn am Montag und Dienstag standen in Frankfurt vor verschiedenen Sparkassen grosse Schlangen an. Der Zweck war, die Guthaben abzuheben. Allerdings gelang es den Sparkassenleitern die misstrauischen Menschen zu beruhigen, sodass sie zum Teil ihre Absichten aufgaben.

Inzwischen haben auch zahlreiche Ausländer, die Besitzer deutscher Aktien sind, hiesigen Börsen den Auftrag zum Verkauf dieser Aktien erteilt. Auch in diesen Fällen sind die Auftraggeber darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Aufstieg der Nationalsozialisten auf die Kreditwürdigkeit und die finanzielle Lage Deutschlands keinen Einfluss haben würde.

SPD. Genf, 16. September (Eig. Drahtb.)

Reichsaussenminister Dr. Curtius nahm am Dienstag in der Vollversammlung des Völkerbundes das Wort zu politischen Ausführungen, die insgesamt betrachtet einen schwachen Eindruck hinterliessen und zweifellos enttäuschten.

Curtius begann mit Worten des Dankes, die dem Andenken seines Amtsvorgängers und Freundes Dr. Stresemann gewidmet waren und fuhr dann fort: "Ich vergegenwärtige mir die Ausführungen, mit denen Dr. Stresemann vor vier Jahren vor den Völkerbund trat, und muss an die Erwartungen denken, mit denen das gesamte deutsche Volk damals diesen bedeutungsvollen Schritt begleitete. Die gesamte internationale Entwicklung hat seitdem manche Enttäuschungen gebracht. Trotzdem muss festgestellt werden, dass die grundsätzliche Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbund heute wie damals eine durchaus positive ist. Der Völkerbund bleibt ein wesentlicher notwendiger Faktor der Völker, an dessen Weiterentwicklung Deutschland mit allen Kräften arbeiten wird. Der Völkerbund steht heute noch im ersten Stadium seiner Entwicklung. In seiner Betätigung darf keinesfalls eine Stagnation eintreten. In der bisherigen Aussprache hat vielfach allerernteste Sorge offenen Ausdruck gefunden. Das erste Erfordernis aller internationalen Bemühungen war jedoch, auch unbequeme Fragen fest ins Auge zu fassen und die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wenn aber dabei hier die Möglichkeit angedeutet worden ist, dass die heutigen Zu-

stände sogar zum Kriege führen könnten, so halte ich es für unbedingt geboten auch den blossen Gedanken an solche Möglichkeiten von vornherein auszuschalten. Es ist unnötig, über die Abrüstungsfrage noch Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Abordnung darüber seit vier Jahren macht, sind keine entscheidenden Taten gefolgt. Die Dinge liegen so, dass die Regierungen mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren zur grössten Enttäuschung im Rückstand sind. Wir müssen uns über die völlige Unhaltbarkeit dieser Lage einig sein und es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, dass die Abrüstungskonferenz nun endlich im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Wir erwarten eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung, volle Publizität und Erfassung aller Rüstungsfaktoren, fühlbare Verminderung der Rüstungen auf der ersten Abrüstungskonferenz und anschliessend weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Zeitfolgen.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung grosse Bedeutung beimisst ist die Minderheitenfrage. Ich halte es für notwendig, dass die Bundesversammlung nicht einfach die weitere Entwicklung abwartet, sondern dass sie sich fortlaufend mit der geübten Praxis beschäftigt. Aus diesem Grunde habe ich die Überweisung der Minderheitenfragen an den sechsten Ausschuss beantragt. Bei der ganzen Behandlung der Minderheitenfrage handelt es sich nicht um die Vertretung irgendwelcher Sonderinteressen einzelner Staaten, sondern um ein wichtiges Element zur Sicherung des Friedens, an dem alle Völkerbundsmitglieder in gleicher Weise interessiert sind.

Kein Land fühlt stärker als Deutschland den Druck und die Gefahr der gegenwärtigen Lage Europas, kein Land hat lebhafteres Interesse an einem Ausgleich der Spannungen, als das in der Mitte des Kontinents gelegene Deutschland. Kein Land kann dringender weitgehende Vereinigung aller Länder Europas wünschen. Überall, mit wenigen Ausnahmen, herrscht tiefe wirtschaftliche Depression, deren allgemeine Ursache Überproduktion und sinkende Rohstoffpreise sind. Es mag sein, dass es sich diesmal nur um eine zeitweilige Depression handelt. Die Not ist aber so gross, dass die letzten Kräfte zur Überwindung eingesetzt werden müssen. Deutschland ist von der Krise stärker betroffen worden als andere Länder. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, dass seine gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen auf das schwerste belastet ist. Es war selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, einen Schutz gegen Überschwemmung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus anderen Ländern zu errichten. Keine Regierung kann untätig zusehen, wenn die Getreidepreise im Laufe von eineinhalb Jahren um 40 bis 50 Prozent sinken. Von Deutschland, das seine landwirtschaftlichen Zölle nicht zuerst und nicht am meisten erhöht hat, kann ich versichern, dass es das einzige Ziel seiner Massnahmen war, der eigenen Landwirtschaft die Preise zu sichern, die ihr wenigstens eine notdürftige Existenz ermöglichen. Man muss jetzt nach besseren Wirtschaftsformen suchen. Es ist auf die Dauer unerträglich, dass sich der einzelne Staat für sich allein in einer solchen Notlage nicht anders schützen kann, als durch autonome Zollmassnahmen. Der Gedanke einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete ist daher zur rechten Zeit gekommen. Die deutsche Regierung ist zu einer solchen wirtschaftlichen Zusammenarbeit positiv eingestellt. Sie ist bereit, alle dahinzielenden Vorschläge mit grösster Sorgfalt zu prüfen und sich an allen Arbeiten aktiv zu beteiligen. Im Zusammenhang damit steht der Antrag, zwecks neuer Prüfung der Auslegung der Meistbegünstigungsklausel zusammenzutreten. Kein anderes Land kann mehr an einer klaren und einwandfreien Auslegung und Handhabung der Meistbegünstigungsklausel gelegen sein, da gerade Deutschland die Meistbegünstigung zur Grundlage des internationalen Warentauschs gemacht hat. Die deutsche Regierung behält sich vor, auch die Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen. Es ist ein unwirtschaftlicher Zustand, wenn in einigen Ländern Überfluss an Geld und Kapital besteht, während in anderen Ländern ungeheuer hohe Zinsen bezahlt werden müssen.

tet, können und dürfen die Nationalsozialisten zur Regierung zugelassen werden. Die Nationalsozialisten sind gegen die Demokratie und für die Diktatur, gegen die Weimarer Verfassung und für den Umsturz. Ihr Programm heisst Katastrophopolitik im inneren und nach aussen. Dass sich dagegen alle Elemente verbinden müssen, die auf dem Boden des heutigen demokratischen Staates stehen, scheint selbstverständlich. Es gibt ein einziges Mittel dazu: sofortige Bildung und Erweiterung der Grossen Koalition, Zusammenfassung aller Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den bürgerlich Konservativen. Nur durch eine solche Notgemeinschaft kann von Deutschland schwerer Schaden abgewendet werden, nur eine solche Koalition kann auch Gewähr für die Fortführung der bisherigen auswärtigen Politik Deutschlands bieten. Diese Mehrheit von Breitscheid bis Westarp hat es vielmehr in der Hand, Deutschland vor aussenpolitischen Abenteuern zu bewahren, wenn sie einig ist."

SPD. Paris, 16. September (Eig. Drahtb.)

Den Wahlerfolg, den die Gegner der deutschen Republik am 14. September davongetragen haben, hat den französischen Nationalisten Wasser auf ihre Mühlen gegossen und lässt sie mit verdoppelter Energie den Verzicht auf jede Verständigung mit Deutschland, ja sogar die schimpfliche Absetzung des versöhnungswilligen Aussenministers Briand fordern.

Die faschistische "Liberté" triumphiert in lauter Freude über das Entsetzen der "Friedenshühner", die sich plötzlich Rechenschaft ablegen müssten, dass sie Enten ausgebrütet hätten. Die Räumung des Rheinlandes habe nicht nur keine Entspannung in Deutschland hervorgerufen, sondern sie habe im Gegenteil das deutsche Volk dazu veranlasst, offen seinen Revanche-Willen kundzutun. Nicht minder scharf äussert sich der "Intransigeant" wenn er behauptet, dass bei den Reichstagswahlen Deutschland sich wieder als das gezeigt habe, was es wirklich sei: "Ein Volk des Raubes, des Krieges und der Eroberung". Selbst der "Temps" erklärt am Dienstag wieder in neu erwachendem Misstrauen, man dürfe die Versicherung, dass der Ausfall der Reichstagswahlen die Richtung der deutschen Aussenpolitik nicht ändern werde, vorläufig nur mit äusserster Vorsicht entgegennehmen. Es sei sicherlich besser, abzuwarten, bis der neue Reichstag und die neue Regierung im Amt sei. Es werde viel Zeit und viel guter Wille notwendig sein, um das erschütterte Vertrauen in Deutschland wieder herzustellen. Wenn Stresemann als höchstes Argument, Vertrauen zur Stärkung der deutschen Republik habe fordern können, so habe das deutsche Volk jetzt durch seine Begünstigung der Gegner der Demokratie, der Republik und des Friedens einen frevelhaften Vertrauensmissbrauch getrieben.

Was die französischen Beobachter in ihrem Misstrauen noch bestärkt ist die Tatsache, dass der geschlagene Reichskanzler Brüning es nicht für notwendig gehalten hat, die Konsequenz aus seiner Niederlage zu ziehen und reinen Tisch zu machen. Die Entscheidung Brünings, im Amte zu bleiben, so schreibt der "Paris Midi", zeuge von einer ausserordentlich elastischen Auffassung der parlamentarischen Regeln. In jedem anderen Lande wäre das unmöglich. Brüning scheine nicht zu bemerken, dass er sich lächerlich mache, wenn er an seiner Seite einen Minister ohne Partei behalte, wie Treviranus, während eine grosse Partei von fast 150 Mitgliedern, wie die SPD, aus der Regierungskoalition ausgeschlossen bleibe, nur weil sie "höheren Ortes nicht gern gesehen" sei.

Auch der "Temps" erklärt, dass Brüning nur unter einer einzigen Bedingung beanspruchen dürfe, im Amte zu bleiben, wenn er nämlich entschlossen sei, eine breite Koalition aller auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Parteien zustande zu bringen. Der "Soir" endlich erklärt, dass, wenn es schon nicht gelungen sei, der SPD in der Wahlschlacht Schaden zuzufügen, man ihr

jetzt nach ihrem Verteidigungssieg noch weniger etwas anhaben könne. Die Sozialdemokratie sei der sicherste Wall gegen eine Hitler-Diktatur, gegen einen drohenden Krieg. Sie werde die deutsche Republik in ihrer Jugend und Schwäche schützen, bis sie grossjährig geworden sei.

SPD. München, 16. September (Eig. Drahtb.)

Die "Augsburger Postzeitung" (Bayerische Volkspartei) schreibt zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen :

"Wie soll nun Deutschland regiert werden? Unter keinen Umständen dürfen die Zügel dem Radikalismus in die Hände gegeben werden. Eine Zuziehung der Nationalsozialisten zur Regierungsbildung kann und darf unter gar keinen Umständen in Frage kommen. Man darf das Deutsche Reich nicht Scharlatanen ausliefern, auch nicht, wenn sie einmal im Wahlkampf Erfolg hatten."

SPD. Amsterdam, 16. September (Eig. Dr.)

Der "Telegraf" schreibt zu dem Ergebnis der deutschen Wahlen, dass dieser Wahlausgang ganz Europa zur Aufmerksamkeit zwingt. Ein unheimliches Licht werde von dem Ergebnis ausgestrahlt. Es werde sich als ein hemmender Faktor in der Entwicklung des Nachkriegseuropas auswirken.

"Het Volk" erklärt, die Sozialdemokratie stehe jetzt der Frage gegenüber, ob eine neue grosse Aufgabe von internationaler Bedeutung sie zwingt, auf dem Gebiet der inneren Politik noch grössere Zugeständnisse als in den Jahren 1928 und 1929 zu machen. Sie müsse dabei jedoch erwägen, dass das Wachstum der kommunistischen und faschistischen Parteien bestimmt teilweise dem Umstande zuzuschreiben sei, dass die Sozialdemokratie ihrem Verantwortungsbe-
wusstsein einen grossen Teil ihrer Werkkraft geopfert habe. Die Friedensatmosphäre in Europa habe durch die Wahlen des letzten Sonntags schwer gelitten. Daher werde man alles, was die Sozialdemokratie tue, um diese Atmosphäre wieder zu verstärken, nur begrüssen können.

SPD. Paris, 16. September (Eig. Drahtb.)

Wie nunmehr bekannt wird, sollen die Unruhen vom 8. bis 12. September im Norden von Indochina wesentlich ernsteren Charakter getragen haben als das erste Kommuniqué des französischen Kolonialministeriums vermuten liess. Nach jetzt durchsickernden Meldungen handelte es sich bei Vinh Hatinh um gut organisierte Aufstände, deren Teilnehmer regelrecht bewaffnet waren und den Regierungstruppen militärischen Widerstand entgegensetzten.

SPD. Genf, 16. September (Eig. Drahtb.)

Auf einem Bankett der Presse teilte der Vorsitzende der elften Vollversammlung, Titulescu, mit, dass auf seine Anregung hin für die internationale Presse ein Haus in der Nähe des neuen Völkerbunds-Palastes errichtet werden soll. Seine Eröffnung soll möglichst mit dem neuen Palast des Völkerbundes erfolgen.

SPD. Prag, 16. September (Eig. Drahtb.)

Das Ergebnis der deutschen Wahlen wird von der tschechischen Presse weit hin als verhängnisvoll für Deutschlands Zukunft und als Gefahr für den europäischen Frieden bezeichnet. Alle Prager Blätter sind der Ansicht, dass die einzige Rettung Deutschlands nur eine Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit sämtlichen republikanischen Parteien sein könne.

Der sozialdemokratische "Pravo Lidu" schreibt unter dem Titel: "Das deutsche Fragezeichen: Republik oder Monarchie?": "Deutschland steht durch seine Wahlen zwischen Republik und Kaisertum. Es hat 10 Jahre seiner Entwicklung verloren. Deutschland ist im Irrtum, wenn es glaubt, der Kaiser werde helfen und der Kaiser sei ein neues Programm für Deutschland. Deutschland braucht ein starkes und gesundes demokratisches Europa, um seine Wirtschaft aufzurichten und das vom kapitalistischen Regime verschuldete Elend ein wenig zu bessern. Der Hitlerismus ist der von Europa fortführende Weg. Er ist gegen Europa gerichtet. Falls Deutschland diese Wege gehen wird, wird es wieder eine Niederlage erleben; denn Europa ist gegen allen imperialistischen Partikularismus."

Das Organ der deutschen Sozialdemokraten, der "Sozialdemokrat", sagt: "Die Wahlen vom 14. September waren richtige Konjunkturwahlen für die Rechts- und Linksradikele. Ihr Ausfall kann für Deutschland und Europa in der nächsten Zeit schwere Erschütterungen bringen. Die sozialen Entwicklungskräfte Deutschlands und seine realpolitischen Möglichkeiten zwingen aber dazu, die Sozialdemokratie zur entscheidenden Macht in Deutschland werden zu lassen. Die Zukunft Deutschlands wird von der deutschen Sozialdemokratie geschmiedet werden."

Die offiziöse "Prager Presse" sagt, Zentrum und Sozialdemokratie sind aus finanzpolitischen Gründen auseinanderggegangen. Wie verhängnisvoll es war, weiss man erst seit dem 14. September. Aber finanzpolitische Gegensätze können nicht unüberbrückbar sein, wenn das Reich in Gefahr ist.

SPD. Warschau, 16. September (Eig. Dr.)

In Warschau wurde am Dienstag ein eintägiger Generalstreik durchgeführt. Er galt dem Protest der Arbeiterschaft gegen die Verhaftung der Oppositionsführer und gegen das Verhalten der Polizei. Die grösseren und mittleren Fabriken lagen restlos still. Die Strassenbahner hatten im Einvernehmen mit der Streikleitung beschlossen, die Arbeit nicht niederzulegen. Sie veranstalteten jedoch ebenso wie alle anderen Staats- und Gemeindearbeiter kurze Protestversammlungen.

SPD. Frankfurt/M., 16. Sept. (Eig. Dr.)

Interessante Einblicke in die Motive, die auf die Abgabe der Stimmzettel von Einfluss waren, gewähren die Abstimmungslisten dort, wo getrennt nach Geschlechtern gewählt wurde. In Wiesbaden überwiegen die Frauen beim Zentrum, der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei und dem Evangelischen Volksdienst. Das Zentrum zählt doppelt soviel Frauen als Männer. Für den Evangelischen Volksdienst haben sich 490 Männer und 1500 Frauen entschieden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Glück, Glanz und Tod Margarethe Köppkes.

Das tragische Ende einer grossen Schauspielerin.

SPD. In Wien hat sich die erst 25 jährige Schauspielerin Margarethe Köppke, eine geborene Berlinerin, die bereits in der deutschen Theaterwelt einen bedeutenden Namen hatte, durch Leuchtgas vergiftet. Margarethe Köppke hielt sich anlässlich ihres Sommerurlaubs bei Bekannten in Wien auf und äusserte ihren vielen Freunden gegenüber niemals etwas von Freitodabsichten.

Der tragische Fall hat in Wien das grösste Aufsehen erregt und die Sensationsblätter sind voll von Vermutungen über die Ursachen, die den jungen Bühnenstar zu seiner unseligen Tat getrieben haben. So wird behauptet, dass Margarethe Köppke, die mit dem Sohn des Direktors der Wiener Gemäldegalerie, Dr. Gustav Glück, verlobt war, nach einem heftigen Zerwürfnis mit ihrem Bräutigam aus Gram den Tod gesucht habe. Man muss annehmen, dass die Schauspielerin in einem Anfall von nervöser Ueberreizung den Freitod gesucht hat. Dass Margarethe Köppke trotz ihres frischen blühenden Aussehens oft unter Depressionen litt, beweist die Tatsache, dass sie bereits im vorigen Jahr in Wien einen sehr ernstlichen Selbstmordversuch unternommen hat, indem sie eine riesige Dosis Veronal einnahm. Nur dem raschen Zugreifen der Aerzte war es damals zu verdanken, dass die Schauspielerin gerettet wurde.

Der Selbstmord der hochbegabten Künstlerin ist um so tragischer, als sie kurz vor ihrem Auftreten im Deutschen Volkstheater in Wien stand, wo sie als Partnerin der Fritzi Massary in der dortigen Premiere von "Mrs. Selby" auftreten sollte. Dazu kommt, dass sie mehrere sehr erhebliche Engagements von Tonfilmkonzernen bereits in der Tasche hatte, wo sie in tragenden Rollen verpflichtet war. Margarethe Köppke hat sich selbst aus einer Karriere gerissen, die man als ein Musterbeispiel eines blendenden Theateraufstiegs bezeichnen kann. Noch vor wenigen Jahren gänzlich unbekannte Provinzschauspielerin kam sie nach erfolgreichen Gastspielen im Jahre 1928, schon mit einem Namen, nach Berlin. Sie spielte in Stücken von Kaiser und Shaw mit sehr erheblichem Erfolg, wenn auch das Berliner Publikum ihr nicht die enthusiastische Zustimmung darbrachte, die sie in München und Wien erlebte. In der letzten Theatersaison war sie wenig in Berlin tätig, sondern konzentrierte ihre Haupttätigkeit auf München.

Vor etwa 14 Tagen kam sie in Wien an, voller Projekte für die Zukunft, voller Lebenslust. Sie trat in Wien sogleich nach ihrer Ankunft mit mehreren Filmgesellschaften in Verbindung und war noch zwei Tage vor ihrem Tode in der Dramaturgie des Deutschen Volkstheaters, wo sie u.a. erzählte, dass sie hoffe, im Laufe dieses Winters eine Truppe für eine Spieltournee durch Deutschland und Oesterreich zusammenstellen zu können. Als sie ging, rief man ihr scherzhaft nach: "Vergessen Sie es aber nicht! Sie projektieren so viel, wer weiss, ob da nur eins richtig gerät." Diese Scherzworte sollten in einem Masse Tatsache werden, die ihr Sprecher bestimmt nicht geahnt hatte. Jedenfalls ist der Verlust, den die deutsche Bühne durch den Tod dieser grossen Gestalterin erleidet, ebenso schmerzlich, wie die Lücke, die sie im Kreise ihrer Kollegen hinterlässt. Margarethe Köppke war eine der menschlich wertvollsten und ernsthaftesten Erscheinungen im Jahrmarktgewimmel des Theaterlebens. Der Klang ihres wunderbaren, so seelenvollen Organs bleibt jedem, der sie je sah, ewig im Ohr.

Spielerei mit tödlichem Ausgang. In Dortmund zielte ein 24 jähriger junger Mann mit einer Flaubert-Büchse im Scherz auf seine um drei Jahre jüngere Kusine. Unglücklicherweise löste sich ein Schuss; die Kugel drang dem Mädchen in den Kopf. Es verstarb sofort.

Amerikanerin als Montblanc-Bezwingerin. Eine amerikanische Touristin hat in Begleitung von zwei französischen Führern innerhalb 24 Stunden die beiden höchsten Montblanc-Gipfel bestiegen. Eine derartige Leistung ist seit 22 Jahren nicht vollbracht worden.

Mörder Strom. Bei einem Gewitter über Göttingen (Schweden) zerriss der Blitz eine elektrische Ueberlandleitung. Drei Personen, die mit den Drähten in Berührung kamen, wurden getötet.

Anklage gegen Weissenberg. Die Staatsanwaltschaft I in Berlin hat gegen den "Propheten" Joseph Weissenberg, den politischen Bundesgenossen Hugenbergs, Anklage wegen fahrlässiger Tötung unter erschwerenden Umständen erhoben. Es handelt sich um den Tod des an einem Zuckerleiden erkrankten Drogisten Wernicke, den Weissenberg mit weissem Käse behandelte, während, nach sachverständigen medizinischen Gutachten zu schliessen, der Drogist durch rechtzeitige Insulin-Einspritzungen usw. hätte geheilt werden können.

200 geheime Radiostationen. Die mit der Ueberwachung des französischen Rundfunkwesens beauftragte französische Geheimpolizei entdeckte nicht weniger als 200 geheime Sendestationen, welche fast alle von Amateuren betrieben wurden.

Lastauto zermalmt. An einem Bahnübergang in Rosenthal bei Berlin wurde ein schwerbeladenes Lastauto von einem Personenzug erfasst und zertrümmert. Der Führer des Autos kam bei dem Unglück ums Leben. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Opfer der Berge. Von der 2049 Meter hohen Südostwand des Säuling (Algäu) stürzte der Kaufmann Gerhard Elsner aus Berlin infolge eines Fehltritts ab; man konnte Elsner nur als Leiche bergen. An der Westwand des gleichen Berges verunglückte ein 20jähriger Steinmetz aus Kaufbeuren. Er erlitt Arm- und Beinbrüche.

Schüsse auf Schupobräutigam. Im Branitzer Park bei Kottbus überfielen sechs junge Burschen einen Beamten der Kottbuser Schutzpolizei, der in Begleitung seiner Braut spazieren ging. Erst gab der Beamte mehrere Schreckschüsse ab, schoss dann aber scharf und verletzte unglücklicherweise einen seiner Angreifer, den 18 Jahre alten Erwerbslosen Fischer aus Kottbus, tödlich. Der Beamte, der vorläufig festgenommen wurde, behauptet, dass nicht politische, sondern persönliche Differenzen das Drama herbeigeführt hätten.

Brandstifters Korrespondenz. Im Kölner Vorort Dünnwald treibt seit einigen Wochen ein Brandstifter sein Unwesen. Jetzt hat er an die Dünnwalder Einwohnerschaft einen Brief geschrieben, in dem es u.a. heisst: "Leider habe ich die Nachricht erhalten, dass ich etwa 14 Tage auswärts zu tun habe, wodurch ich gehindert bin, vorerst weiter anzustecken. Ich teile Ihnen deshalb mit, dass die brennende Geschichte" am Sonntag von der Kirmes wieder beginnen wird. Von diesem Tage an werden in Dünnwald noch viele Häuser in Asche gelegt werden. Die zahlreichen Brände in der letzten Zeit - es sind 16 an der Zahl - waren nur eine Probe, um das richtige Mittel zum Anstecken auszuprobieren. Nun habe ich endlich das Richtige gefunden, um auch auf die Häuser überzugehen."

Ein 25 jähriger Bürgermeister. In dem nahe bei Paris gelegenen Städtchen Coupalay wurde der 25 jährige Marcel Chatriot zum Bürgermeister gewählt. Er war am 20. Juli dieses Jahres bereits gewählt, aber nicht anerkannt worden, da er sein 25. Lebensjahr - das Mindestalter für das hohe Amt - erst vier Stunden später vollendete. Wahrscheinlich wird der begabte junge Mann demnächst Abgeordneter der französischen Kammer. Er ist der Sohn des Altbürgermeisters seines Städtchens.

Verbrecherrazzia bei Berlin. Die Berliner Kriminalpolizei veranstaltete in der im Westen von Berlin gelegenen Gegend bei Gatow und Cladow eine Razzia nach der von dem berüchtigten Schlossergesellen Albert Noack geführten "Cladow-Kolonne", die während der Sommermonate planmässig zahllose Sommer-, Wochenend- und Bootshäuser, sowie Villen plünderte. Die Razzia hatte keinen Erfolg und Noack, den der Volksmund "Wochenendschreck" getauft hat, ist vorläufig mit seinen Komplizen noch weiter bei der "Arbeit".

Kaviarschmuggel auf der Ostsee. Deutsche Zollbeamte beschlagnahmten auf der zwischen Warnemünde und Gjedser verkehrenden deutschen Fähre "Schwerin" in einem auf ihr beförderten Auto eine grössere Menge Kaviar. Die kostbare Ware sollte nach Deutschland eingeschmuggelt werden. Der Besitzer des Autos, ein Däne, ist in Berlin verhaftet worden.

Schwerer Gerüsteinsturz. In Heilsberg in Ostpreussen baut die Ostmark Rundfunk A.G. zwei je 120 Meter hohe Funktürme. Als ein Arbeiter am Dienstag vormittag das Hilfsgerüst des einen Turms erhöhen wollte, brach das über 30 Meter hohe Gerüst zusammen. Drei Arbeiter stürzten von der höchsten Gerüstspitze in die Tiefe, wo sie mit zerschmetterten Gliedern liegen blieben. Der eine starb auf dem Transport ins Krankenhaus, während die beiden anderen Verunglückten in lebensgefährlichem Zustand darnieder liegen.

Beide Hände abgerissen. Auf der Strecke Bebra-Kassel ereignete sich am Dienstag ein entsetzliches Unglück. Der Lokomotivführer eines nach Kassel fahrenden D-Zuges hielt beide Hände zum Lokomotivfenster hinaus, als ein aus der entgegengesetzten Richtung kommender Personenzug ihm beide Hände fortriss. Der Unglückliche, der ins Krankenhaus geschafft wurde, ist von der offenstehenden Tür des Personenwagens getroffen worden.

Französische Ehrung für Hapag-Kapitän. Die Handelskammer in Cherbourg hat dem Kapitän Wiehr des Hapag-Dampfers "Albert Ballin", der mit seinem Schiff regelmässig in Cherbourg anläuft, die silberne Medaille der Handelskammer Cherbourg verliehen. An Bord des Schiffes fand eine kleine Feier statt.

Rekordflug nach Australien. Der englische Hauptmann Matthews ist am Dienstag in London mit einem Leichtflugzeug zum Fluge nach Australien gestartet. Matthews beabsichtigt, den Hincklerschen Rekord von 15½ Tagen für diese Strecke zu brechen.

Bombenexplosion beim Nationalfest. In Mexiko-City explodierte eine Bombe inmitten einer Menge von Tausenden, als sie auf festliche Weise den Unabhängigkeitstag begingen. Zahlreiche Personen wurden verletzt; die Feier nahm trotzdem ihren Fortgang.

Freitod eines Arztes. In Frankfurt/Main erschoss sich der auch als Altertumssammler namhafte 79jährige Frauenarzt Dr. Otto Grossmann. Ueber die Motive ist nichts bekannt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Hochschulstudium und Arbeitsmarkt.

Kleiner Rückgang der Studierenden. - Der Frauenandrang ist stärker geworden.

SPD. Nach dem Krieg setzte ein starker Andrang zum akademischen Studium ein. Die Zahl der Studierenden nahm von Jahr zu Jahr zu. Selbstverständlich musste diese Bewegung auf die entsprechenden Arbeitsmärkte zurückwirken und die Klagen verschiedener Berufe über die Bildung eines akademischen Proletariats sind wohl in der Hauptsache auf den starken Andrang zum akademischen Studium zurückzuführen. Dabei soll selbstverständlich nicht verkannt werden, dass sich infolge des Krieges und der ganzen Umschichtung der Wirtschaft die Möglichkeiten, in einem sogenannten akademischen Beruf unterzukommen, verringert haben.

Im Wintersemester 1929/30 hat der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen im deutschen Reich zum ersten Mal etwas nachgelassen. Die Gesamtzahl der an den deutschen Hochschulen immatrikulierten Studierenden, die Vorlesungen belegt hatten, betrug im Wintersemester 1929/30 = 122 391 gegenüber 123 700 im Sommersemester 1929. Erfahrungsgemäss erfolgt nun die Aufnahme der Studien in den Wintersemestern regelmässig in weit geringerem Umfang als in den Sommersemestern. Aber auch wenn man das in Rechnung stellt, war die Gesamtzahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 zum ersten Mal geringer (und zwar um 1,1%) als in dem vorangegangenen Sommersemester 1929, während sonst vom Sommersemester zum Wintersemester immer noch eine, wenn auch mässige Zunahme festzustellen war. Der Andrang zum akademischen Studium kommt am besten in der Zahl der Studierenden im ersten Semester zum Ausdruck. Die Zahl beträgt für das Wintersemester 1929/30 = 7 016 (erfasst sind in dieser Zeit nur Reichsdeutsche) gegenüber 8119 im Wintersemester 1928/29. Der Anteil der Studierenden im ersten Semester an der Gesamtzahl der Studierenden hat sich demnach von 7,6% im Wintersemester 1928/29 auf 6,1% im Wintersemester 1929/30 verringert. Somit hat der Neuzugang im Wintersemester 1929/30 um rund 1100 = 13,6% gegenüber dem Wintersemester 1928/29 nachgelassen. Die Zahl der Studierenden im ersten Semester ist für das Wintersemester 1929/30 die niedrigste, die seit einer Reihe von Wintersemestern beobachtet wurde.

Man kann hier nach Gründen suchen und wird ohne Zweifel den verringerten Andrang zum akademischen Studium auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zurückführen müssen. Weiter dürfte die verringerte Möglichkeit, in entsprechenden Berufen unterzukommen, mitsprechen, ferner auch die Warnung der verschiedenen Berufe vor dem akademischen Studium. Im grossen und ganzen ist der Andrang zu den wissenschaftlichen Hochschulen immer noch sehr gross. Die ersten vollständigen Angaben über den Hochschulbesuch für die Nachkriegszeit liegen für das Wintersemester 1925/26 vor. Vergleicht man die Zahl der Studierenden im Wintersemester 1929/30 mit den Zahlen von 1925/26, so lässt sich eine Steigerung der Studierenden für das Wintersemester 1929/30 um 37,3% feststellen. Von einer Aenderung in der Tendenz kann keine Rede sein. Dem entspricht ja auch, dass die Zahl der Studierenden sich von 113042 im Wintersemester 1928/29 auf 122391 im Wintersemester 1929/30 steigerte.

Von den Studierenden an den deutschen Hochschulen waren im letzten Wintersemester allerdings 6939 = 5,7% der Gesamtzahl Ausländer. Der Anteil ist um 0,6% höher als im Wintersemester 1929/30. Von den ausländischen Studierenden, unter denen sich 13,3% Studentinnen befinden, sind fast 50% Ausländer mit deut-

scher Muttersprache. Die Ausländer bevorzugen als Studium Medizin, Zahnheilkunde, Rechts- und Staatswissenschaften und Chemie. In den Fächern Bergbau, kaufmännisches Studium, Chemie, Zahnheilkunde, Elektrotechnik, Philosophie und Pädagogik machen die Ausländer 10% der Studierenden aus.

Von den Studierenden ganz allgemein wählten 21 555 Rechts- und Staatswissenschaften, 15 644 allgemeine Medizin, 4 609 Zahnheilkunde, 1167 Tierheilkunde, 3567 Volkswirtschaftslehre, 2712 Betriebswirtschaftslehre, 2483 kaufmännisches Studium, 3990 Pädagogik für Volksschullehrerstudium, 5837 neue Sprachen, 5052 Germanistik, 2444 Geschichte, 5656 Mathematik, 2754 Biologie und Naturwissenschaft, 2283 Physik, 2061 Landwirtschaft und Brauerei, 3317 Bauingenieurwesen, 2475 Architektur, 6373 Maschineningenieurwesen, 3661 Elektrotechnik, 759 Bergbau usw. und 4469 Chemie. Soweit die reichsdeutschen Studierenden im Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1928/29 in Frage kommen, zeigen sich Zugänge bei der Pädagogik für Volks- und Berufsschullehrerstudium, für das Bauingenieurwesen, für Architektur und Chemie. Die meisten anderen Fächer zeigen mehr oder weniger starke Abgänge. Diese Abgänge kennzeichnen deutlich den Umschwung, der sich in der verminderten Aufnahme der Studien immerhin anzubahnen scheint.

Die Entwicklung erhält ihre Bedeutung dadurch, dass immer mehr Frauen das akademische Studium ergreifen. Während sich für das Wintersemester 1929/30 gegenüber dem Wintersemester 1925/26 die Gesamtzahl der Studierenden um 37,3% erhöhte, nahm die Zahl der weiblichen Studierenden um 118,5% zu. Die Zahl der Studentinnen betrug im Wintersemester 1928/29 13359 und im Sommersemester 1929 = 16286, im Wintersemester 1929/30 aber 16348. Damit macht der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden 13,4% aus. Die Zunahme vom Wintersemester 1928/29 zum Wintersemester 1929/30 betrug 22,4%. Die Tendenz eines stärkeren Andranges der Frau zu den Hochschulen liegt also klar zutage.

Von besonderem Interesse ist die Herkunft der Studierenden. Die Statistik ergibt, dass von den Vätern der Studierenden 46,7% Beamte (einschliesslich Reichswehr), 36,2% Handel- und Gewerbetreibende (einschliesslich Privatangestellte), 7,8% Angehörige freier Berufe, 5,8% Landwirte und 2,6% Arbeiter waren. Von den Vätern besaßen nur 21,5% Hochschulbildung. Ohne Reifezeugnis studierten im Wintersemester 1929 = 4% der Studierenden. Ein Zeugnis über die verkürzte, die Ersatzreifeprüfung und die Ergänzungsprüfung besaßen 2,3%.

Ueber das Werkstudententum werden folgende Mitteilungen gemacht: Im Sommersemester 1929 übten 6,4% der Studierenden eine Beschäftigung gegen Entgelt aus, in den darauffolgenden Ferien 12,6%. Sie kamen in der Hauptsache im Lehrberuf, im Handel und in der Industrie unter.

SPD. Die Allgemeine Deutsche Beamtenschaft, das Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, der in dieser Woche seinen 3. Bundeskongress in München abhält, nimmt im Rahmen einer Kongressbesprechung Stellung zu den Wahlen und schreibt u.a.

"Die Wahlen haben, wie zu erwarten war, ein gewaltiges Anschwellen der radikalen Parteien, der Kommunisten und Nationalsozialisten, gebracht, derjenigen Richtungen, die keine positive parlamentarische Aufbauarbeit wollen, sondern die innere Aushöhlung des Parlamentarismus durch eine wüste Obstruktionspolitik. Die Stimmen der unpolitischen Nichtwähler, die diesmal mobilisiert worden sind, haben dieses Ergebnis herbeigeführt. Nur der grossen Anstrengung, an der auch wir uns aktiv beteiligt haben, ist es gelungen, die Möglichkeit zur Bildung einer parlamentarischen Regierung zu schaffen, die sich auf die Parteien der Grossen Koalition stützt. Auf jeden Fall ist das Wahlergebnis gerade für uns Beamte unerfreulich, da zu einer jetzt nur allein denkbaren Mehrheitsbildung, wegen der Schwächung der bürgerlichen Mittel, aller Wahrscheinlichkeit nach die

Wirtschaftspartei gehören wird, deren politische Einstellung wir am eigenen Leibe erfahren haben, deren Redner bis zum heutigen Tage die Beamten aufs schärfste befehden. Es ist selbstverständlich, dass die Debatten des Kongresses unter dem Eindruck dieses Wahlergebnisses stehen werden."

SPD. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiterinternationale ist zum 17. September nach Lüttich einberufen worden, um über die Situation der internationalen Kohlenwirtschaft zu beraten. Durch die von der englischen Regierung ausgehende Einladung an das deutsche Reichsarbeitsministerium ist die Frage der Regelung der bergbaulichen Arbeitszeit, die auf der letzten Genfer Arbeitskonferenz noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnte, wieder in Fluss gekommen. Die Bergarbeiterinternationale wird an den Vorbereitungen der nächsten Arbeitskonferenz, auf der über die Arbeitszeitregelung die Entscheidung fallen soll, beteiligt sein. Neben diesem Beratungsgegenstand stehen die Kohlenarbeiten des Völkerbundes, die in letzter Zeit etwas ins Stocken geraten sind, wieder zur Aussprache. Man erwartet angesichts der weiteren Verschlechterung der Lage der Bergarbeiter einen erneuten Schritt der Bergarbeiterinternationale in Genf.

Von den einzelnen angeschlossenen Organisationen werden der Lütticher Tagung eingehende Berichte vorgelegt werden, die wahrscheinlich zu einer Erweiterung der bisherigen Vorschläge der Bergarbeiterinternationale hinsichtlich der Behebung der europäischen Kohlenkrise führen werden. Der Verband der Bergbau-Industriearbeiter ist durch seine beiden Vorsitzenden Husemann und August Schmidt sowie durch den Abgeordneten Limbertz und den Volkswirtschaftler Dr. Berger vertreten. Für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften nimmt deren Sekretär F.R. Schmidt an den Verhandlungen teil.

SPD. Es ist leider dank einer hemmungslosen Agitation in manchen Kreisen üblich geworden, die Sozialfürsorge als Luxus zu kennzeichnen. Die Kehrseite sieht anders aus. Dazu liefert das Statistische Amt der Stadt Berlin einen wertvollen Beitrag. Das genannte Amt hat eine einmalige Erhebung darüber durchgeführt, in wieviel Fällen in Berlin verstorbene Personen vor ihrem Tode nicht in ärztlicher Behandlung standen. Das Ergebnis ist erschütternd. Bei rund 50 000 Todesfällen gab es 4000 Menschen, die die Hilfe eines Arztes nicht in Anspruch nehmen konnten. Dabei ist ein wesentlicher Teil der Berliner Bevölkerung; man kann auf zwei Drittel schätzen, bei Krankenkassen versichert. Ein Abbau der Krankenfürsorge würde die Misere noch vergrößern. Die Berliner Statistik, die leider aus sogenannten Sparsamkeitsgründen nicht weitergeführt werden kann, ist sicherlich ein Warnungszeichen für diejenigen, denen der Abbau der Sozialversicherung niemals weit genug geht.

SPD. Der Streik der niederländischen Verkehrsflieger ist beigelegt worden. Die Flieger haben die Anerkennung ihrer Organisation durch die widerspenstige Direktion erkämpft. Nach den Abmachungen dürfen Massregelungen nicht vorgenommen werden.

SPD. Der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Montanindustrie hat die Lohntarife im Kohlen- und Erzbergbau zu Ende Oktober gekündigt.

Wirtschaft Technik Handel

Umschwung oder Atempause?

Besserung auf dem Baumwollmarkt. - Die Russen exportieren Weizen.

SPD. In der Abwärtsbewegung der Preise an den Weltwarenmärkten, die insbesondere die letzten 1 ½ Jahre kennzeichnen und die Entwicklung der internationalen Wirtschaft stark beeinflussten, scheint in den letzten Wochen ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein. Zwar hat sich vereinzelt der Preisfall noch weiter fortgesetzt. Es handelt sich aber dabei um geringere Rückgänge; auch steht dem Freisrückgang hier und da, z.B. bei der Baumwolle, eine gewisse Erholung gegenüber. Schon hört man jedoch wieder Stimmen, dass sich ein Umschwung der Lage vorbereite und dass man mit einer Preisbesserung für die Massengüter auf den Weltmärkten rechnen müsse. Man wird mit dem Urteil zurückhalten müssen. Denn es hat in der letzten Zeit schon einige Mal ähnliche Atempausen gegeben; die Hoffnungen auf einen Umschwung in der ganzen Situation erwiesen sich aber als verfrüht.

Zur Vorsicht mahnt auch die Tatsache, dass man die Gründe, die zu einer gewissen Besserung auf den Märkten geführt haben, nicht klar erkennen kann. Das gilt z.B. für die Erholung der Baumwolle. Eine Hauptrolle dürfte dabei allerdings die schon etwas zurückliegende Äusserung des nordamerikanischen Bundesfarmantes gespielt haben, aus der man immerhin entnehmen konnte, dass man den Baumwollmarkt diesmal in ähnlicher, aber in kräftigerer Weise als im letzten Jahr stützen wolle. Bedenklich muss allerdings stimmen, dass der Markt an allen Börsentagen schwach geschlossen hat, d.h. die höheren Preise haben immer wieder neues Angebot hervorgerufen. Die Ernte selbst wird anscheinend nur wenig kleiner ausfallen als im letzten Jahr, während der Verbrauch ganz erheblich zurückgegangen ist. Jedoch soll sich in der jüngsten Zeit die Nachfrage etwas gesesert haben. In England sind sogar einige seit längerer Zeit stillliegende Betriebe wieder geöffnet worden. Das reicht aber nicht zu einer klaren Beurteilung der Lage aus. Die Krise in der englischen Baumwollverarbeitung war so schwer, dass schon kleine und vorübergehende Erholungen Anlass zur Wiederinbetriebnahme einzelner Fabriken geben können. Auch lässt sich der Verbrauch in Nordamerika vorläufig noch nicht beurteilen; die vorliegenden Nachrichten berechtigen jedenfalls noch nicht zu der Auffassung, dass sich in Nordamerika eine allgemeine Erholung anbahnt. Die nordamerikanische Erholung ist aber die Voraussetzung für einen besseren Geschäftsgang in den Webstoffgewerben.

Die bessere Entwicklung der letzten Zeit dürfte sich auch zum Teil spekulationsmässig erklären. So wird nordamerikanische Baumwolle in den minderen Beschaffenheiten zur Zeit niedriger bewertet, als die sonst ganz erheblich billigere ostindische Baumwolle. Die Veränderung erklärt sich daraus, dass die Gandhi-Bewegung in Indien der einheimischen Baumwolle ohne Zweifel ein erweitertes Verbrauchsgebiet und damit einen Liebhaberpreis verschafft hat.

Am Wollmarkt ist von einer besseren Stimmung, die der Baumwollmarkt zeitweilig zeigte, noch nichts zu bemerken. Für Kammgarne und Garne sind in der letzten Zeit eher noch kleine Rückgänge eingetreten.

Die Lage der grossen Getreidemärkte, insbesondere der amerikanischen Märkte, hat sich in den letzten Wochen noch eigenartiger gestaltet, als das zu Beginn des Erntejahres der Fall gewesen war. Schon damals zeigten die Chicagoer

Notierungen eine sachlich völlig unberechtigte Höherbewertung von Mais gegenüber dem Weizen. Das beschränkte sich aber auf die nahen Sichten und wurde u.a. damit erklärt, dass man für den September mit einer Schwänze in Mais rechnen müsse. Ob es tatsächlich so kommen wird, ist heute noch nicht zu erkennen; jetzt sind aber auch die späteren Maistermine über die Weizentermine hinausgestiegen. Soweit Weizen in Frage kommt, stehen alle Notierungen wieder unter einem Dollar und das Bundesfarmamt hütet sich sichtlich, den Markt irgendwie zu beeinflussen. Der kanadische Weizenpool würde das wohl tun - wenn er noch die Kraft zu einer solchen Aktion hätte. Aber der Pool besteht nur noch dem Namen nach. Er ist für die Marktbeherrschung so gut wie erledigt. Bezeichnend ist, dass einer der Provinzpool's ganz offiziell den Antrag gestellt hat, sich loszulösen und den Verkauf selbständig vorzunehmen.,

Die Versorgungslage der Welt in Weizen ist trotz der nur mittleren Ernten auf der nördlichen Halbkugel mindestens nicht schlechter, eher sogar noch besser geworden, als sie im vorigen Jahr gewesen war. Die grossen Bestände aus dem Vorjahr stellen einen sogar übermässigen Puffer dar und die Ernteaussichten auf der südlichen Halbkugel sind ausgesprochen günstig.

Darüber hinaus - und das ist gerade markttechnisch besonders bedeutsam - tritt Russland zum ersten Mal seit vielen Jahren in stärkerer Masse und ziemlich laufend als Verkäufer auf. Wie weit die russische Ernte das rechtfertigt, kann man kaum sagen. In diesem Zusammenhang ist das auch vollständig gleichgültig. Ausschlaggebend ist die Tatsache des laufenden russischen Angebots. Russland hat auch für spätere Lieferungen Weizen angeboten und zwar handelt es sich, was hervorgehoben werden muss, zum überwiegenden Teil um die altbekannten russischen Kleberweizensorten. Diese stellen den einzigen ernsthaften Wettbewerb gegenüber dem kanadischen Weizen dar. Von vielen Verbrauchern werden die russischen Weizensorten dem kanadischen Weizen sogar vorgezogen. Immerhin ist es, wenn auch die Transportverhältnisse die Situation einigermaßen erklären könnten, eigentümlich, dass Russland in stärkster Masse Weizen anbietet, während in der Welt, z.B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Stimmung gemacht wird, eine Hilfsaktion für die von Hungersnot befallenen nordrussischen Gebiete einzuleiten.

Der Druck auf den Markt, der von den russischen Verkäufen ausgeht, ist ganz erheblich. Zu den niedrigeren Preisen der letzten Wochen ist vereinzelt etwas lebhafter gekauft worden. Aber für grosses Geschäft fehlt überall der Mut und zum Teil auch wohl, angesichts der grossen Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern, die laufende Absatzmöglichkeit für Mehl.

SPD. Auf der Domäne Wersk der Herrschaft Flatow-Krojanke des Prinzen Friedrich Leopold von Preussen haben sich kürzlich unglaubliche Dinge ereignet, die zur Vertreibung des sehr tüchtigen Pächters dieser Domäne führten. Dieser Pächter übernahm die Domäne im Jahre 1927 mit einem Pachtvertrag, der bis 1935 lief. Bei der Übernahme der Domäne waren nur 31 Stück Rindvieh und Inventar im Gesamtwert von 70 000 Mark vorhanden. Der Boden befand sich in schlechtem Kulturzustand, z.B. waren zahlreiche Wiesen völlig verwahrlost. Der Pächter hat dann überaus sparsam gewirtschaftet, sich selbst nach Möglichkeit eingeschränkt und durch fleissige Arbeit mit Hilfe seiner Familie die Domäne in einen vortrefflichen Zustand gebracht. Er verfügt heute über 68 Stück Rindvieh und fast das doppelte Inventar gegenüber dem Tage der Pachtübernahme.

Die angestrengte Arbeit hinderte den Pächter, seine geschäftlichen Angelegenheiten selbst zu erledigen. Er hatte die Besorgung derselben zwei Handelsfirmen und einer Buchstelle übertragen, mit denen er schon jahrelang in Verbindung stand und von denen er annahm, dass sie seine Interessen bestens wahrnehmen würden. Zu Beginn dieses Jahres trat nun plötzlich eine der bei-

den Handelsfirmen mit hohen Forderungen an den Pächter heran, die er erst auf ihre Richtigkeit prüfen musste und die er auch, da er bei seiner intensiven Wirtschaft nur über geringes Bargeld verfügte, nicht sogleich hätte bezahlen können. Diese Notlage des Pächters wurde nun von den Verwaltungsbeamten des Prinzen Friedrich Leopold von Preussen brutal ausgenutzt. Sie überredeten ihn dazu, einen Zahlungsbefehl des Prinzen in Höhe von rund 25 000 Mark gegen sich ergehen zu lassen, damit sein Inventar so weit gepfändet werden könne, dass die Handelsfirma nicht mehr die Möglichkeit einer Pfändung habe. Damit der Pächter auch in der Öffentlichkeit als vermögenslos gelten konnte, wurde weiter vereinbart, dass er das Wirtschaftsrecht über die Domäne an seinen Schwiegersohn abtreten solle, der ihm schon einige Jahre auf dem Pachtgut geholfen hatte. All diese Massnahmen wurden nach ausdrücklicher Zusicherung der prinzlichen Beamten lediglich zu dem Zweck getroffen, um den Pächter aus seiner misslichen Lage zu befreien und ihm die Pachtomäne zu erhalten.

Natürlich kam es dem Pächter darauf an, dieses etwas sonderbare Verhältnis gegenüber seinem Verpächter rechtlich klarzustellen, wozu er seinen Rechtsanwalt zu Rate zog. Auf Anraten seines Anwalts teilte er dem Prinzen offiziell mit, dass er den jetzigen Zustand, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen, nur als vorübergehend ansehe und sich nach wie vor als Pächter der Domäne betrachte. Durch diesen Brief kam der Stein ins Rollen. Die prinzliche Verwaltung untersagte nun dem Pächter jedes Weiterwirtschaften und als der Pächter nicht folgte, wurde auf seine Domäne ein Wirtschaftsbeamter von der prinzlichen Verwaltung entsandt, der versuchte, die Arbeiter gegen den Pächter aufzuwiegeln. Als die Arbeiter nicht mitmachten, versprach der prinzliche Beamte höhere Löhne und spendierte Schnaps. Sodann befahl man dem Pächter, die Schlösser von den Wirtschaftsräumen zu entfernen, damit von der prinzlichen Verwaltung neue angebracht werden könnten. Als er diesem Ansinnen entgegentrat, wurde ihm mit Gewalt gedroht. Schliesslich beantragten die prinzlichen Beamten den Erlass von einstweiligen Verfügungen gegen den Pächter, wobei man es mit der Wahrheit nicht sehr genau nahm. Freilich wurden sie von dem Gericht mit ihren Anträgen abgewiesen.

Um nun den Pächter endgültig von der Domäne zu entfernen, wurde ein Antrag auf Konkurseröffnung gestellt und zwar auf Grund des seinerzeit erlassenen Zahlungsbefehls in Höhe von 25 000 Mark. Die Zahlungsunfähigkeit des Pächters wurde vom Gericht bejaht. Damit war er konkursreif, da ausser dem Zahlungsbefehl ja auch noch Pfändungen an seinem Inventar vorgenommen waren, obgleich diese Massnahmen lediglich zum Schein und im Interesse des Pächters von der prinzlichen Verwaltung seinerzeit getroffen worden waren.

Auf diese Weise ist tatsächlich ein tüchtiger Landwirt von seinem Pachtgute vertrieben wurden. Selbstverständlich haben die Behörden die Pflicht, diesen Fall nachzuprüfen und die Schuldigen streng zur Rechenschaft zu ziehen.

SPD. Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb in Nürnberg wird für das verflossene Geschäftsjahr abermals eine Dividende von 7 % verteilen. Zu dem Unternehmen gehört auch der schwerindustrielle Gutehoffnungshüttenkonzern in Oberhausen. Ueber die Oberhausener Gesellschaft wird bemerkt, dass sich in der zweiten Jahreshälfte der Konjunkturrückgang in der Eisen- und Kohlenwirtschaft nachteilig bemerkbar gemacht habe. Das finanzielle Ertragnis wird jedoch als relativ günstig bezeichnet, so dass ein immerhin erheblicher Ueberschuss an die Nürnberger Dachgesellschaft abgeführt werden kann.

SPD. An der Berliner Effektenbörse kam der durch den Wahlsonntag aus-
gelöste Kursrückgang am Dienstag zum Stillstand. Das Kursniveau konnte sogar,
als Deckungskäufe eintraten, um 1 bis 2 % anziehen. Anders sah es auf der Pro-
duktenbörse aus. Hier kam es zu einem erheblichen Absturz der Weizenpreise. Das
hat aber nur indirekt mit dem Wahlsonntag etwas zu tun. Die Weizenstützung wur=
de nämlich eingestellt, was zu einem ganz erheblichen Rückgang der Weizenpreise
führte. Allem Anschein nach werden die deutschen Produktenbörsen in den nächs=
ten Tagen im Zeichen wichtiger Veränderungen stehen; denn der abgesackte Wei=
zenpreis kann auf die Preise anderer Getreidebrotarten nicht ohne Einfluss
bleiben.

Die günstigere Gestaltung an der Effektenbörse ist einmal darauf zurückzu=
führen, dass die erwarteten Zwangsversteigerungen (Exekutivverkäufe) ausgeblieben
sind. Die Banken erklärten, dass die Nachschüsse prompt geleistet wurden. Des
anderen blieb die Mark gegenüber dem Dollar fest. Das führte zu umfangreichen
Deckungskäufen, nachdem man am Montag in Leerverkäufen gemacht hatte. Aus=
schlaggebend ist jedoch die Tatsache, dass Abzüge von Auslandsgeld nicht einge-
treten sind. Nach Mitteilung aus den Finanzinstituten soll das Angebot von Aus=
landsgeld sogar am Dienstag sehr reichlich gewesen sein. Hier ist durchaus die
Hoffnung entscheidend, dass es zu einer Verständigung zwischen den Mittelpartei-
en mit der Sozialdemokratie kommen wird, und dass der Wahlsieg der radikalen
Flügelparteien vom Sonntag ohne praktische Auswirkungen bleibt.

Berliner Viehmarkt.

(16. Sept.)

SPD. Auf dem Schweinemarkt konnten bei genügendem Angebot die letzten
Preise behauptet werden, während sich auf dem Hammelmarkt infolge zu kleinen
Auftriebs Preiserhöhungen durchsetzen konnten. Für mittlere Mast- und Saugkäl-
ber wurden die letzten Preise bezahlt, für beste Mast- und Saugkälber zogen die
Preise, wenn auch in Grenzen, an. Das Angebot genügte vollauf. Auf dem Rinder-
markt gaben die Preise bei genügendem Angebot nach. Für geringe genährte Bullen
und Kühe war das Geschäft besser.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 42-47 (voriger Markt 43-50), b) 35-40 (37-41), c) 30-34 (31-35), d)
26-28 (26-28). Kälber: a) -(-), b) 72-82 (72-81), c) 70-81 (70-81), d) 55-65
(58-65). Schweine: a) (über 300 Pfund) 56-58 (56-58), b) (240-300 Pfd.) 59-
62 (58-61), c) (200-240 Pfd.) 60-62 (60-62), d) (160-200 Pfd.) 59-61 (59-61),
e) (120-160 Pfd.) 56-59 (57-59), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 52-53,
(51-52).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission
vom 16. Sept.: I. 143 Mark, II. 139 Mark, III. 115 Mark je Zentner. Tendenz:
fest.

Absturz in Weizen.

(Berliner Getreidebörse vom 16. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse fand am Dienstag die flauere Stimmung für Weizen in verstärkter Masse ihren Fortgang. Da weder am Markte der Zeitgeschäfte noch im Prompthandel irgendwelche Stützungskäufe stattfanden und das Angebot weiter gross und dringend war, mussten die Preise für effektiver Ware um 15 Mark, im Zeithandel um ca. 8 Mark weichen. Roggen konnte infolge stärkerer Stützungen seinen Preis behaupten. Das Angebot in effektiver Ware war wieder ungeheuer gross, wovon jedoch nur ein kleiner Teil von der Stützungsstelle aufgenommen wurde. Auch das übrige Material kam zu Preisen, die 4 bis 5 M unter den Stützungskursen lagen, dringend zum Angebot. Ein Teil davon mag hierzu Abnehmer gefunden haben, da anscheinend die Mühlen mit Roggen schlecht versorgt sind. Wie es heisst, sollen zahlreiche Betriebe geschlossen worden sein. Am Mehlmarkt war die Stimmung für Weizenmehl flau. Zu 25 bis 50 Pfennig ermässigten Forderungen wurden nur kleine Partien umgesetzt. Roggenmehl stagnierte vollkommen. Für Hafer ist die Stimmung unverändert und die Preise blieben stabil. Angebot und Nachfrage waren gleich.

	15. Sept.	16. Sept.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	=	233 - 236
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industriergerste	180 - 196	180 - 196
Hafer	158 - 169	158 - 169
Weizenmehl	27,75 - 36,00	27,50 - 35,75
Roggenmehl	25,00 - 27,60	24,75 - 27,50
Weizenkleie	9,00 - 9,25	9,00 - 9,25
Roggenkleie	8,25 - 8,50	8,25 - 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte. Weizen September 250 plus Brief (Vortag 256), Oktober 249 (257), Dezember 258 (265), März 269-267 (273). Roggen September 193 (193), Oktober 194 (194), Dezember 204 (204), März 215 (215). Hafer September - (168), Oktober 167-167½ Geld, Dezember 178 (177½), März 191-190 (188).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....RM	0,70 - 0,90
" " Weizenstroh { " " }.....RM	0,60 - 0,75
" " Haferstroh { " " }.....RM	0,70 - 0,85
" " Gerstenstroh { " " }.....RM	0,70 - 0,80
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt.....RM	0,70 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh.....RM	0,60 - 0,75
" " Weizenstroh.....RM	0,55 - 0,65
Häcksel.....RM	1,40 - 1,50
Handelsübliches Heu, gesund und trocken..... 1. Schnitt RM	1,45 - 1,90
Gutes Heu, gesund und trocken..... 1. Schnitt RM	2,-- - 2,20
Handelsübliches Heu, gesund und trocken..... 2. Schnitt RM	1,20 - 1,60
Thymothee, lose.....RM	2,10 - 3,--
Heu, lose..... 2. Schnitt RM	2,20 - 2,60
Mielitz-Heu, lose (Warthe).....RM	1,65 - 1,85
" " (Havel).....RM	1,40 - 1,50
Drahtgepresstes Heu.....RM	0,40 über Notiz.

Tendenz still.